

Deponieausstieg extrem teuer

Koalition beauftragte Gutachten – Schließung „Grauer Wall“ würde Hunderte Millionen Euro kosten

Von Ursel Kikker

BREMERHAVEN. Eine Schließung der Mülldeponie Grauer Wall bis zum Jahr 2023 oder bis 2030 ist teuer – sehr teuer. Gutachter haben unter anderem für diese Fälle Schadenersatzverpflichtungen zwischen 164 und 373 Millionen Euro errechnet. Ein Fünftel oder fast die Hälfte ihres Haushalts müsste die Stadt allein dafür ausgeben. Machen die Koalitionäre jetzt einen Haken an die Ausstiegsidee?

SPD, CDU und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag 2019 festgeschrieben, ein Konzept zu entwickeln, wie die Deponie Grauer Wall bis spätestens 2030 geschlossen werden kann.

„Abhaken würde ich noch nicht sagen“, so FDP-Fraktionsvorsitzender Prof. Hauke Hilz. Die in dem 56-seitigen Gutachten zu den Auswirkungen einer Schließung der Deponie aufgelisteten Ergebnisse seien „ernüchternd, vor allem wegen des finanziellen Aufwandes“. Doch Hilz sieht noch die Möglichkeit, sich mit der Bremerhavener Entsorgungsgesellschaft (BEG) zu verständigen, einzelne Abfallgruppen herauszunehmen, Schlacken der Müllverbrennungsanlage beispielsweise. „Wir müssen dann Lösungen für diese Abfälle haben“, so Hilz. Er sieht den Grünen-Stadtverordneten Dr. Ulf Eversberg als Aufsichtsratsmitglied der BEG in der Verantwortung, solche Gespräche voranzubringen.

Eversberg sagt dazu: „Die FDP erkennt die Rolle eines Aufsichtsratsmitglieds.“ Aus seiner Sicht ist die Gesellschafterversammlung das richtige Gremium für solche Wünsche. Die Stadt ist an der BEG beteiligt, sie ist Gesellschafter. Eversberg spielt damit den Ball weiter. Die Aussicht, sich vielleicht bis 2030 von der Deponie zu verabschieden, habe „einigen politischen Vertretern über die damalige Wahl geholfen“, so Eversberg.

SPD und CDU machen noch keine Aussage. „Wir haben das Gutachten noch nicht in der Fraktion diskutiert“, sagt der stellvertretende SPD-Fraktions-



Ein Kompaktor verdichtet Müll im Zwischenlager. Dort werden Abfälle bis zu zwölf Monate gelagert, die aus betrieblichen Gründen nicht sofort in die Müllverbrennungsanlage können. Die Gutachter gehen davon aus, dass das Zwischenlager bei einer Deponie-Schließung neu gebaut werden müsste.

Foto: Heske

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Fides in Bremen untersucht. Sie haben zwei Ausstiegszeitpunkte untersucht, und zwar Ende 2023 und Ende 2030. Wesentliche Aussagen des Gutachtens:

▷ Eine **rechtliche Grundlage** für die Schließung der Deponie liegt nicht vor. Deshalb dürften sich Schadenersatzforderungen seitens der BEG ergeben.

den: „Grund hierfür ist zusammenfassend, dass Mehrkosten, die sich aus einer rechtlich nicht gebotenen Deponieschließung ergeben, aufgrund des ‚Erforderlichkeitsprinzips‘ nicht bei der Gebührenkalkulation zu berücksichtigen sind.“

▷ Die Stadt hat die **Entsorgungssicherheit** zu gewährleisten. Wenn die Deponie geschlossen wird,

Die Stadtverordnete Petra Brand (Linke) überzeugt das Gutachten nicht. Sie fragt sich, wie oft „ungeprüft Mutmaßungen aus früheren Gutachten im Auftrag des Deponiebetreibers“ übernommen worden seien. „Aussagen zur Grundwassergefährdung stehen im Gegensatz zu dem, was ich in Behördenakten gelesen habe“, kritisiert sie. Die Deponie habe weder eine Basisabdichtung noch

vorsitzende Hans-Werner Busch. Bei der CDU steht das Papier nach Angaben von Fraktionschef Thorsten Raschen in der kommenden Woche auf dem Plan. Für Umweltdezernentin Dr. Susanne Gatti (Grüne) steht fest: „Auf Grundlage dieses Gutachtens ist für mich klar, dass es nicht möglich ist, die Deponie vorzeitig zu schließen.“

Das Gutachten haben die Entsorgungsbetriebe Bremerhaven (EBB) in Auftrag gegeben. Geprüft hat diese Frage das Institut für Energie und Kreislaufwirtschaft an der Hochschule Bremen mit Prof. Martin Wittmaier. Ökonomische Fragestellungen hat die

Im besten Fall wären das 164 Millionen Euro bei einer Schließung Ende 2030, im schlechtesten Fall 258 Millionen Euro, rechnen die Gutachter vor. Für eine Schließung 2023 bewegt sich die Kostenschätzung zwischen 248 und 373 Millionen Euro.

▷ Diese **Kosten** müssten von der Stadt selbst getragen werden. Der Anteil am städtischen Haushalt liege dann zwischen 21 und 47 Prozent. Dadurch würden die finanziellen Möglichkeiten der Stadt erheblich eingeschränkt.

▷ Die Kosten dürften nicht auf die **Müllgebühren** umgelegt wer-

muss sie alternative Entsorgungswege finden. Ortsnahe Lösungen sehen die Gutachter nicht. Deshalb rechnen sie mit einem erheblichen Aufwand für Transport und Einlagerung auf anderen Deponien.

▷ Die **Gutachter** sprechen Klimaauswirkungen einer Deponieschließung und nicht unerhebliche CO₂-Emissionen an, vor allem durch den Transport von Abfällen zu anderen Deponien.

▷ Die Gutachter haben **Einwendungen der Bürgerinitiative BIKEG** zu Umweltbelastungen und Gesundheitsgefährdungen der Bürger geprüft. Sie gehen auf der Basis der ihnen vorliegenden Informationen nicht davon aus, „dass durch den Weiterbetrieb der Deponie ein signifikant erhöhtes, in den nachfolgenden Kostenschätzungen zu berücksichtigendes Sanierungsrisiko entsteht“. Es sei keine unzulässige Belastung der Anwohner in Speckenbüttel zu erkennen.

▷ Das **freie Deponievolumen** wird für Ende 2023 mit 1,2 Millionen Kubikmeter angegeben, Ende 2030 noch mit 0,76 Millionen Kubikmeter.

ein Entwässerungssystem nach Deponierecht, so Brand: „Hier wird die Situation mit der Erweiterung einer alten Deponie noch verschlimmert.“

Eine fehlerhafte Genehmigung würde das Land Bremen in die Pflicht nehmen, da die Genehmigungsstelle bei der Bremer Umweltsenatorin sitzt. Brand fragt sich, warum im Gutachten zusätzliche Emissionen durch eine Entsorgung der Abfälle auf anderen Deponien errechnet wurden, „wo doch der Großteil des Mülls gar nicht aus Bremerhaven kommt, sondern aus Deutschland mit Lkw erst nach Bremerhaven transportiert wird“. (wes)



Standpunkt von Ursel Kikker

Endlich mal ehrlich sein

Wann wollen die Koalitionäre endlich Farbe bekennen? Es ist nicht überraschend, dass ein vorzeitiger Abschied vom ungeliebten Müllberg in Speckenbüttel zu hohen Schadenersatzansprüchen seitens der BEG führen und finanziell für die Stadt nicht zu stemmen sein wird. Zudem käme sie rechtlich in Erklärungsnot, die Schließung zu begründen. Eine Alternative, wo der Abfall bleiben könnte, drängt sich auch nicht auf. Ob eine Deponieerweiterung die klügste (und nicht nur die einfachste) Entscheidung war, sei dahingestellt. Wir werden weiter mit der Deponie leben müssen. Wichtig ist, sie streng zu überwachen und schnell und konsequent zu reagieren, falls Umweltgifte austreten. Statt noch viel Energie in die Ausstiegsgespräche zu stecken, sollte die Politik Entsorgungskonzepte der Zukunft entwickeln. In absehbarer Zeit ist auch der Graue Wall verfüllt.

Koalitionsvertrag

» „Wir werden ein **Konzept entwickeln lassen**, wie und mit welchen Kostenfolgen für die Stadt Bremerhaven (bspw. Regressansprüche), die Bürger (bspw. steigende Müllgebühren) und die lokale Wirtschaft (bspw. durch die Entsorgung und Verwertungsnachweise zur rechtlich geforderten Verbringung der Abfälle) mittelfristig bis spätestens 2030 die Deponie für neue Abfälle geschlossen werden kann.“